

„Europa will Interventionskapazitäten für regionale Krisen" in Le Monde (16. Dezember 1999)

Legende: Am 15. November 1999 tagt der Rat der Europäischen Union zum ersten Mal in der Zusammensetzung der Außen- und Verteidigungsminister. In einem Artikel vom 16. November 1999 berichtet die französische Tageszeitung Le Monde über den Willen der Minister, der Union die notwendigen Interventionskapazitäten für regionale Krisen zu verleihen.

Quelle: Le Monde. 16 novembre 1999. Paris. "L'Europe veut se doter d'une capacité d'intervention dans des crises régionales", auteur:Vernet, Daniel , p. 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europa_will_interventionskapazitäten_für_regionale_krisen_in_le_monde_16_dezember_1999-de-f97370df-2a7d-4f25-8fb3-3dff33ad3d55.html

Publication date: 05/07/2016



Europa will Interventionskapazitäten für regionale Krisen

Die Verteidigungs- und Außenminister der EU-15 versuchen in Brüssel, gemeinsame „Indikatoren“ für militärische Einsatzmittel zu finden

Zum ersten Mal seit Beginn des europäischen Aufbauwerks kommen die Verteidigungsminister der EU-15 am Montag, dem 15. November, in Brüssel mit ihren für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Kollegen zusammen, um ihr Vorhaben einer gemeinsamen Sicherheitspolitik anzustoßen. Nach der französisch-britischen Erklärung von Saint-Malo vor einem Jahr, dem deutsch-französischen Gipfel in Toulouse im Mai und dem Europäischen Rat von Köln im Juni ist diese Zusammenkunft in Brüssel eine weitere Etappe auf dem Weg zum Europäischen Rat von Helsinki, auf dem der Zeitplan der Europäischen Union (EU) für die Schaffung einer Reaktionskapazität für regionale Krisen festgelegt werden soll.

In Brüssel dürften Schritte in drei Richtungen unternommen werden: Stärkung der Rolle des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik („Mr. GASP“), Festlegung des institutionellen Rahmens der Verteidigungspolitik und Definition der europäischen militärischen Kapazitäten.

Was den ersten Punkt anbelangt, würden sich die Außenminister der EU-15 damit einverstanden erklären, dass „Mr. GASP“ – Javier Solana – nächste Woche auch zum Generalsekretär der Westeuropäischen Union (WEU) ernannt wird (die WEU ist die einzige europäische Organisation, die bislang für den Bereich Verteidigung zuständig ist, doch dürfte sie bald in die EU integriert werden). Diese Entscheidung erfährt jedoch zwei Einschränkungen. Um auf die Zurückhaltung der WEU-Mitgliedstaaten zu reagieren, die nicht der EU angehören, würde präzisiert werden, dass dieses Doppeltamt nicht notwendigerweise eine endgültige Lösung darstellt. Und um nicht die EU-Mitglieder abzuschrecken, die nicht der NATO angehören, würde darauf hingewiesen werden, dass diese Verschmelzung von GASP und WEU in einer Person nur für die so genannten „Petersberger Aufgaben“ (Krisenmanagement) gilt und nicht auf Artikel 5 des WEU-Vertrages Anwendung findet, der eine automatische Beistandsverpflichtung vorsieht, sollte ein Vertragsstaat in Europa das Ziel eines bewaffneten Angriffs werden. Die traditionell neutralen Staaten wollen nicht, dass die EU als ein militärisches Bündnis auftritt.

Dieses doppelte Amt ermöglicht Solana, als Generalsekretär der WEU an der im Dezember stattfindenden NATO-Sitzung teilzunehmen, ohne dass die Beziehungen zwischen der EU und dem atlantischen Bündnis geregelt worden sind.

Detaillierte Vorschläge

Im institutionellen Bereich hat Frankreich im Juli erstmals detaillierte Vorschläge zur Zusammensetzung und Organisation des in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Köln vorgesehenen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) unterbreitet. In einem Brief an seine EU-Amtskollegen schlug Jacques Chirac vor, dass „Mr. GASP“ den Vorsitz des PSK führen und das PSK sich nach Vorbild des NATO-Rates aus ständigen Vertretern der EU-15 mit dem Rang von Botschaftern zusammensetzen soll. Diese Ideen stießen bei einigen Partnern auf Widerstand: Wird der PSK-Vorsitz durch „Mr. GASP“ nicht die Rolle des Vorsitzes des Ministerrates schmälern? Sollten die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten bei den Europäischen Gemeinschaften nicht auch in das Politische und Sicherheitspolitische Komitee eingebunden werden? Kann ein neues Komitee geschaffen werden, ohne dass die Verträge abgeändert werden müssen?

Auf der Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister sollte es jedoch vor allem um die militärischen Kapazitäten gehen, die Europa zur Verfügung stehen, um zu vermeiden, dass die Diskussionen im institutionellen Sande verlaufen. Lord Robertson, der als britischer Verteidigungsminister seinen Beitrag zu dieser Politik geleistet hatte, bevor er zum NATO-Generalsekretär ernannt wurde, erklärte, dass *„es nicht möglich ist, ein Organisationsschema in eine Krisenregion zu entsenden, auch wenn es noch so gut aussieht“*.

Die französischen Verantwortlichen werden auf der Sitzung in Brüssel mit genauen Vorstellungen darüber

aufwarten, was hinsichtlich der Kapazitäten getan werden sollte. In Bezug auf „*die militärischen Instrumente zur Unterstützung der Entscheidungsfindung*“, wie die Experten es nennen, schlägt Frankreich vor, dass neben dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee ein europäischer Militärausschuss eingerichtet wird, der sich aus Vertretern der fünfzehn Stabschefs zusammensetzt, ein europäischer Generalstab und ein Planungsstab, der in der Lage ist, gesammelte Informationen zusammenzufassen, Situationen zu analysieren und Vorschläge für Einsatzszenarien zu unterbreiten.

Was die Kapazitäten im engeren Sinne anbelangt, wünscht Frankreich, dass die EU Möglichkeiten schafft, um Situationen bewerten, Operationen planen und durchführen, Truppen entsenden, an Kampfhandlungen teilnehmen, langfristige Einsätze unterstützen, ein hohes Ausbildungsniveau beibehalten und eine ausreichende Interoperabilität zwischen den Armeen gewährleisten zu können.

Nach Meinung der Franzosen sollten die Europäer in der Lage sein, auch die anspruchsvollsten der in den Petersberger Beschlüssen vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen. 1992 hatten sich die Mitglieder der WEU auf dem Petersberg bei Bonn darauf geeinigt, humanitäre Missionen durchzuführen und friedenserhaltende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens zu ergreifen. Die Petersberger Aufgaben wurden 1997 in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen. Kurzfristig müssen die Europäer eine Bodentruppe in der Größe eines Armeekorps (50 000 bis 60 000 Mann), die in etwa der KFOR im Kosovo entspricht, einsetzen können.

Langfristig sollten die Europäer ihre Einsatztruppen vergrößern und ihre Streitkräfteführung verstärken, indem sie für eine Koordinierung der nationalen Generalstäbe aller Waffengattungen sorgen und die bestehenden europäischen Generalstäbe wie das Eurokorps umstrukturieren. Frankreich spricht sich gegen eine vorherige Festlegung europäischer Einsatzszenarien aus, die zu einschränkend sein könnten, sowie gegen zu präzise Zielsetzungen, die im Bereich der gemeinsamen Verteidigung den Eindruck erwecken könnten, den Ambitionen der EU seien Grenzen gesetzt. Um die europäischen militärischen Kapazitäten zu rationalisieren und zu erhöhen, war der Vorschlag unterbreitet worden, nach Vorbild der Kriterien für die Einheitswährung auch für die Verteidigung „*Konvergenzkriterien*“ (die vor allem den Haushalt betreffen) vorzusehen. Das Wort „*Kriterien*“ wurde jedoch durch den Begriff „*Konvergenzindikatoren*“ ersetzt, um unter anderem nicht die Länder in Verlegenheit zu bringen, die einen Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten müssen, aber gleichzeitig Einsparungen in ihrer Verteidigung vornehmen. Bei diesen Indikatoren könnte es sich um Kennzahlen handeln, mit denen die Ausbildung der Truppen, die Einsatzkapazitäten oder die Ausrüstung bewertet werden.

Daniel Vernet

Keine Briten in einer europäischen Armee

Der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon hat am Sonntag, dem 14. November, ausgeschlossen, dass Soldaten aus dem Vereinigten Königreich in Zukunft einer „*europäischen Armee*“, die unabhängig von der NATO auftritt, angehören könnten. Er dementierte Informationen der *Sunday Times*, denen zufolge Tony Blair sich für das Prinzip einer aus 30 000 Mann bestehenden europäischen Armee ausgesprochen habe. „*Es ist möglich*“, erklärte Hoon, „*dass einige europäische Nationen ihre Bemühungen bündeln und entschlossen sind, ihre Truppen in speziellen Fällen einzusetzen. Aber ich möchte betonen, dass dies in erster Linie von der NATO entschieden werden sollte. Es bestehen derzeit Überlegungen zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität. Doch sehen diese nicht vor, dass britische Truppen in einer europäischen Armee dienen*“. – (AFP)